

Wirtschaftspolitische Informationen



| Vorstand

des Bereichs Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik

Nr. 01 / 19. Januar 2011

Kurz und bündig

- Die neue EU-2020-Strategie – die die Lissabon-Strategie für die nächsten zehn Jahre ablösen soll – stellt die europäische Industrie in den Mittelpunkt ihres neuen Wachstumsmodells.
- Die EU-Kommission hat aus der Weltwirtschaftskrise gelernt. **Eine gut aufgestellte Industrie ist auch für die EU ein Wachstumsmotor.** Das hat einmal mehr die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Monate gezeigt.
- Ende Oktober 2010 hat die Europäische Kommission ihre Vorstellungen einer Europäischen Industriepolitik veröffentlicht. Darin definiert sie **zehn Kernpunkte**, wie sie die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas in Zeiten der Globalisierung weiterentwickeln will.
- Eine Europäische Industriepolitik ist mehr als überfällig. Doch die EU-Mitteilung enthält **keine wirksamen Instrumente**, um die Ziele auch tatsächlich zu erreichen. Die EU-Kommission hat es sich einfach gemacht. Sie überlässt es den Mitgliedsländern oder anderen Politikfeldern.
- **Inhaltliche Mängel** sind unverkennbar:
 1. Unternehmen sollen in erster Linie von Kosten befreit werden.
 2. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden nur in Kombination mit ihrer Qualifikation oder als Kostenfaktoren wahrgenommen.
 3. Gewerkschaften und Betriebsräte spielen eine untergeordnete Rolle.

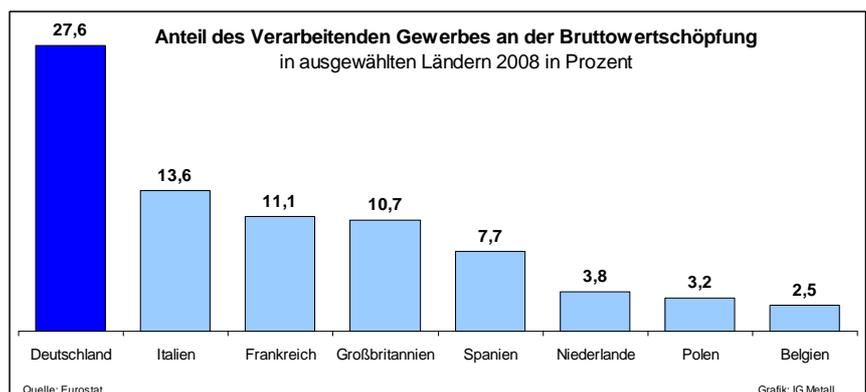
Die EU-Kommission hat **kein Gesamtkonzept zur Europäischen Industriepolitik vorgelegt**. Sie präsentiert eine Reihe von Maßnahmen, es ist aber nicht erkennbar, wohin die Reise gehen soll.

Autorin: Dr. Astrid Ziegler

Europäische Industriepolitik - ein Neuanfang oder nur alter Wein in neuen Schläuchen?

Die europäische Industrie stand lange Zeit nicht im Mittelpunkt der europäischen Politik. Mit der neuen EU-2020-Strategie hat sich der Blick auf die europäische Industrie gewandelt. Die Industrie bekommt einen höheren Stellenwert zugesprochen. Eine entsprechende Mitteilung, wie das in Zukunft im Zeitalter der Globalisierung geschehen kann, legte die EU-Kommission im Oktober 2010 vor. Europas Industrie soll wettbewerbsfähiger werden und damit die Wirtschaftskrise schneller hinter sich lassen. Die Kommission hat in ihrer Mitteilung eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie die europäische Industrie die zukünftigen Herausforderungen meistern kann. Sie zielen auf Wirtschaftswachstum, die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze und die Drosselung klimaschädlicher CO₂-Emissionen ab. Leider fehlt der EU-Strategie klare verbindliche Regeln. Die Mitteilung ist zunächst ein reines Lippenbekenntnis. Den Vorschlägen müssen gezielte und konkrete Schritte folgen.

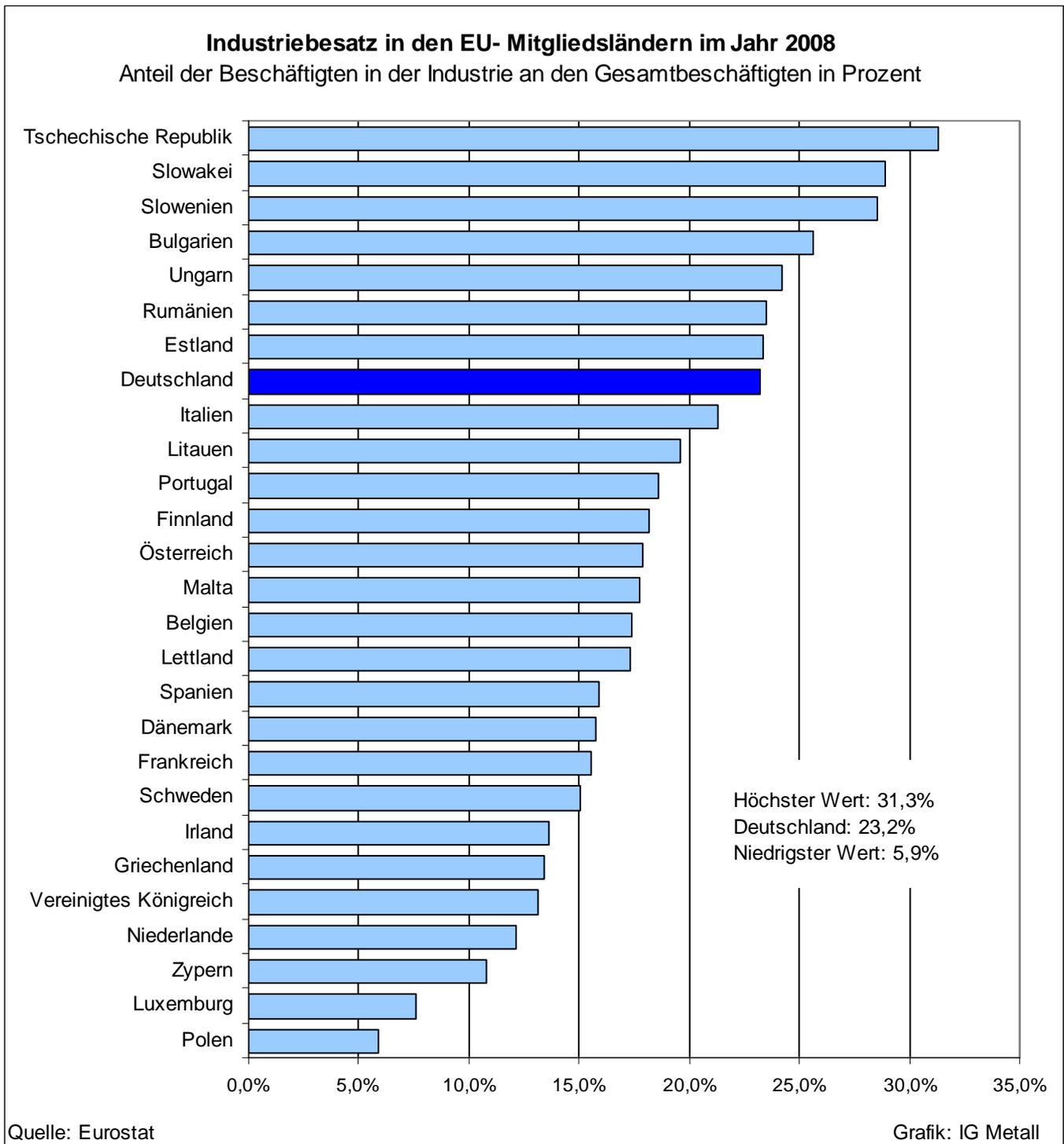
Die Entwicklung der europäischen Industrie und damit der europäischen Industriepolitik ist für die deutsche Volkswirtschaft ein sehr wichtiges Feld. Schließlich fallen fast 28 Prozent der vom Verarbeitenden Gewerbe in den 27 EU-Ländern erwirtschafteten Bruttowertschöpfung auf die deutsche Industrie. Fast 40 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (neueste Zahl von Eurostat – dem Europäischen Statistischen Amt) in Europa waren im Jahr 2008 direkt in der Industrie beschäftigt, davon ein großer Teil – nämlich über neun Millionen Beschäftigte – in Deutschland. Eine gut aufgestellte Industrie ist der Wachstumsmotor einer Volkswirtschaft. Das hat einmal mehr die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen Monate gezeigt. Vor allem Staaten mit einem starken industriellen Sektor konnten nach der Weltwirtschaftskrise deutlich zulegen – allen voran Deutschland. Die starke Stellung der Industrie ist nicht



–nur für die ökonomische, beschäftigungspolitische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa von herausragender Bedeutung. Deutschland ist von Änderungen der industriepolitischen Rahmenbedingungen stärker betroffen als alle anderen EU-Mitgliedsstaaten. Von daher überrascht es nicht, dass die Europäische Industriepolitik große Aufmerksamkeit in Deutschland genießt¹.

Grundlage der Europäischen Industriepolitik

Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses bekam die Europäische Kommission relativ spät industriepolitische Kompetenzen zugesprochen. Erst im Jahr 1992 hielt die Industriepolitik Einzug in die Europäischen Verträge – zunächst in den Maastricht-Vertrag. Damals hoffte die EU-Kommission, angemessen auf die drohende Deindustrialisierung Europas zu reagieren



¹ So hat sich auch der Bundesrat in seiner letzten Sitzung im Jahr 2010 mit den neuen Ansätzen einer Europäischen Industriepolitik beschäftigt – siehe dazu Drucksache 694/10 (Beschluss).

en. Seitdem wird über den Inhalt und die Ziele der Industriepolitik in Europa immer wieder diskutiert.

Zuletzt wurde im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der zum 30.11.2009 den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ablöste, auf die Industriepolitik Bezug genommen. Dort heißt es in Artikel 173:

"Die Union und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Union gewährleistet sind.

Zu diesem Zweck zielt ihre Tätigkeit entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf Folgendes ab:

- Erleichterung der Anpassung der Industrie an die strukturellen Veränderungen;
- Förderung eines für die Initiative und Weiterentwicklung der Unternehmen in der gesamten Union, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, günstigen Umfelds;
- Förderung eines für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen günstigen Umfelds;
- Förderung einer besseren Nutzung des industriellen Potenzials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung."

Auf politischer Ebene hatte es die Europäische Industriepolitik ungleich schwerer. So spielte die Industriepolitik in der europäischen Wirtschafts- und Wachstumspolitik lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Auch in der Lissabon-Strategie, die in den letzten zehn Jahren Europa zum erfolgreichsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt machen sollte, wurde die Industrie noch nicht einmal erwähnt. Europa setzte voll und ganz auf die Entwicklung einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft.

Die Herausbildung einer Europäischen Industriepolitik krankte jahrzehntelang an der ideologischen Debatte zwischen den Mitgliedsländern darüber, ob Europa europäische Champions braucht (dafür stand bzw. steht bis heute Frankreich) oder ob die europäische Wirtschaftsstruktur sich am Besten auf den freien Märkten ohne staatliche Einflussnahme herausbilden soll (diese Auffassung vertrat z.B. Deutschland).

Zwar hat die EU-Kommission seit Anfang der 1990er Jahre mit der Veröffentlichung verschiedener Mitteilungen wichtige Anstöße zur Europäischen Industriepolitik mit einer Reihe von horizontalen und sektoralen Initiativen gegeben. Dazu gehörte auch die Einsetzung von Arbeitsgruppen für einzelne Industriebranchen, wie die "High Level Groups" CARS 21 für die Automobilindustrie oder EnginEurope für den Maschinenbau. Insgesamt konnten diese Maßnahmen aber nicht darüber

hinweg täuschen, dass in Europa eine industriepolitische Strategie fehlt.

Mit der Revision der Lissabon-Strategie zur EU-2020-Strategie im Jahr 2010 änderte sich der Blick auf die europäische Industrie. Sie bekam nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen, die Europa mit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise gemacht hatte, eine größere Aufmerksamkeit zugesprochen.

Zum Hintergrund der industriepolitischen Mitteilung

Am 28. Oktober 2010 hat die Europäische Kommission die Mitteilung „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“ angenommen und veröffentlicht. Diese Mitteilung ist eine von insgesamt sieben Leitinitiativen der neuen EU-Strategie „Europa 2020“, die die Lissabon-Strategie ablösen soll. Durch die Mitteilung hat die EU-Kommission ihre Überlegungen einer europäischen Industriepolitik „im Zeitalter der Globalisierung“ konkretisiert. Gleichzeitig unterstreicht sie damit die Bedeutung der Industrie für Wachstum und Beschäftigung in Europa.

Die sieben Leitinitiativen der EU-2020-Strategie

1. Digitale Agenda für Europa
2. Jugend in Bewegung
3. Innovationsunion
4. Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut
5. Industriepolitik
6. Neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten
7. Ressourcenschonendes Europa

Die EU-Kommission geht sogar einen Schritt weiter und stellt die europäische Industrie in den Mittelpunkt des neuen Wachstumsmodells für die EU-Wirtschaft. In der Mitteilung heißt es dazu „es (ist) für unsere Wettbewerbsfähigkeit und unser Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen unerlässlich ..., über eine **starke, wettbewerbsfähige und breitgefächerte Wertschöpfungskette im verarbeitenden Gewerbe** zu verfügen.“

Mit der Mitteilung schlägt die Europäische Kommission eine neue, integrierte Industriepolitik als strategischen Rahmen vor, in dessen Mittelpunkt die Rahmenbedingungen für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verbessert und eine international wettbewerbsfähige, starke und tragfähige Industriestruktur gefördert werden sollen. Von dieser Art von Industriepolitik sollen nach Ansicht der Kommission starke Impulse für mehr Wachstum und Arbeitsplätze sowie zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ausgehen.

Ausgangslage der EU-Industriepolitik

In ihrer Diagnose stellt die EU-Kommission vor allem auf zwei Punkte ab:

1. in KMU arbeiten rund zwei Drittel der Beschäftigten und in KMU liegt das Wachstumspotenzial der europäischen Industrie. Deshalb sieht die EU-Kommission ihre Aufgabe darin, vor allem die Gründung, Entwicklung und Internationalisierung von KMU zu unterstützen.
2. das weltweite Unternehmensumfeld hat sich in den letzten zehn Jahren grundlegend verändert (u. a. werden genannt: internationaler Wettbewerb nimmt weiter zu; Schwellenländer holen im Bereich hochwertiger Produkte auf; Technologie, IKT und Fähigkeiten werden wichtiger; der Wettbewerb um knappe Energie und Rohstoffe wird intensiver).

Die europäische Industrie konnte trotz rasch wandelndem Umfeld ihren Anteil am Welthandel halten. Durch die Weltwirtschaftskrise kam es kurzfristig zu einem Einbruch der Produktion. Es folgte eine kräftige Erholung als der Welthandel wieder ansprang. Gleichwohl kämpfen einige Sektoren immer noch mit den Krisenfolgen.

Was versteht die EU-Kommission unter Industriepolitik?

Nach Ansicht der EU-Kommission hat die europäische Industriepolitik die Aufgabe, der Industrie in einer globalisierten Wirtschaft zu helfen, damit diese die Chancen im internationalen Wettbewerb nutzen kann. Die Kommission schlägt ein breites Verständnis von Industriepolitik vor: Es geht ihr einerseits um Maßnahmen, die sich auf Kosten, Preise und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und einzelner Branchen auswirken (genannt werden hier die Normierungs- und Innovationspolitik) und andererseits geht es ihr um die Auswirkungen politischer Initiativen auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit.

In der Mitteilung wird betont, dass alle Wirtschaftszweige wichtig sind. Die Kommission will für jeden Zweig ein maßgeschneidertes Konzept anwenden. Die gesamte Wertschöpfungs- und Lieferkette soll in Betracht gezogen werden, dies schließt eine globale Sicht mit ein.

Der industriepolitische Ansatz geht sowohl von Querschnittsmaßnahmen als auch von branchenspezifischen Maßnahmen auf allen Ebenen aus. Die Kommission stellt dabei auf mehr Steuerung und Koordination der nationalen Industriepolitiken auf europäischer Ebene ab, sie setzt dabei auch auf die Stärkung des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene.

Im Mittelpunkt stehen zehn industriepolitische Kernfelder

Konkret werden in der Mitteilung zehn Kernpunkte für die industrielle Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit Europas definiert. Darüber hinaus werden in der Mitteilung weitere Maßnahmen angesprochen, die in den Zuständigkeitsbereich der anderen Leitinitiativen fallen. An ihrer Umsetzung beziehungsweise Realisierung wird die Europäische Industriepolitik festgemacht.

Die zehn Punkte sind:

1. Eine ausdrückliche und gründliche „Prüfung auf Wettbewerbsfähigkeit“ neuer Rechtsvorschriften soll durchgeführt werden. Die Auswirkungen aller politischen Vorschläge auf die Wettbewerbsfähigkeit sollen eingehend analysiert und berücksichtigt werden.
2. Durch eine „Eignungsprüfung“ bestehender Rechtsvorschriften soll das Potenzial für Verringerungen der kumulierten Wirkung von Rechtsvorschriften ermittelt werden. Damit sollen die Kosten für Unternehmen in Europa verringert werden.
3. Die Gründungen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie deren Wachstum sollen durch einen erleichterten Zugang zu Krediten und durch Unterstützung bei ihrem Gang auf internationale Märkte gefördert werden.
4. Es soll eine Strategie zur Förderung der Stärken der europäischen Normung vorgelegt werden, um den Bedürfnissen der Industrie gerecht zu werden.
5. Die europäischen Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie Dienstleistungen sollen modernisiert werden, um der Industrie mehr Effizienz zu bieten und um dem heutigen, sich wandelnden und von Wettbewerb gekennzeichneten Umfeld besser Rechnung zu tragen.
6. Es soll eine neue Rohstoffstrategie vorgelegt werden, mit der die passenden Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Versorgung mit einheimischen Primärrohstoffen und für ihre Bewirtschaftung geschaffen werden sollen.
7. Der sektor-spezifischen Innovationsleistung soll durch Maßnahmen in bestimmten Bereichen Rechnung getragen werden, beispielsweise im Bereich der fortgeschrittenen Fertigungstechnologien, im Baugewerbe, bei der Verwendung von Bio-Kraftstoffen im Straßen- und Schienenverkehr, um insbesondere die Ressourceneffizienz zu verbessern.
8. Den Herausforderungen, die sich bei den energieintensiven Industrien stellen, sollen durch Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Innovationsunterstützung begegnet werden.

9. Es soll eine mit der Europäischen Weltraumorganisation und den Mitgliedstaaten gemeinsam entwickelte Raumfahrtspolitik durchgeführt werden. Die Kommission will eine Industriepolitik im Raumfahrtsektor entwickeln, um eine solide, die gesamte Lieferkette umfassende industrielle Grundlage zu schaffen.
10. Die Kommission will jährlich einen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Mitgliedstaaten, über industriepolitische Maßnahmen und über die Leistungsfähigkeit erstellen.

Die europäische Industriepolitik zielt auf strukturelle Reformen ab wie die Verbesserung des Unternehmensumfeldes, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, Steigerung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen sowie die Steigerung der Energieeffizienz. Sie will die industrie- und unternehmenspolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine bessere Koordinierung und gemeinsamen Nutzung verfügbarer Ressourcen sowie eine höhere Kosteneffizienz beim Einsatz der Rechtsvorschriften überprüfen.

Erfolgskontrolle wird eingeführt

Außerdem soll eine Erfolgskontrolle der „neuen“ Industriepolitik eingesetzt werden. Zu ihrer Überprüfung sollen folgende Indikatoren herangezogen werden:

1. Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (über die Entwicklung der Produktivität und der Kosten),
2. Entwicklung der Beschäftigten in der Industrie und in den industrienahen Dienstleistungen,
3. Produktionswachstum im Verarbeitenden Gewerbe,
4. Anteil der Spitzentechnologien und hochwertigen Technologien an der Wertschöpfung und Beschäftigung des Verarbeitenden Gewerbes.

Einschätzung aus Sicht der IG Metall

Zunächst ist die Mitteilung zur europäischen Industriepolitik aus Sicht der IG Metall zu begrüßen. Nach der Weltwirtschaftskrise fällt die Kommission nicht zur alten Tagesordnung nach dem Motto "business as usual" zurück. Die Europäische Kommission gibt mit der Vorlage der Mitteilung ein Bekenntnis zur europäischen Industrie ab – Europa braucht die Industrie!

Nachdem die EU die europäische Industriepolitik in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt hat, zieht die EU-Kommission eine Lehre aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dafür war es auch höchste Zeit. Industriepolitik ist ein zentraler Beschäftigungs- und Wachstumsmotor und unerlässlich für den europäischen Wirtschaftsraum als weltweit bedeutender Innovations- und Produktionsstandort. Die europäische Industrie kann sich angesichts der heranwachsenden internationalen Konkurrenz, vor allem aus den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), nicht einfach tatenlos zurücklehnen und auf den Erfolgen der Vergangen-

heit ausruhen. Die europäische Industrie braucht eine gemeinsame Zukunftsstrategie und eine europaweit koordinierte Antwort auf die zukünftigen Herausforderungen. Nationale Alleingänge lehnt die IG Metall deshalb ab.

Ziel mehr Arbeitsplätze schaffen

Zusätzlich weist die Mitteilung eine neue Richtung auf: Die neue Industriepolitik will sich nicht nur auf das Ziel „Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ reduzieren, sondern es wird an vielen Stellen in der Mitteilung betont, dass es auch um mehr Beschäftigung und mehr Arbeitsplätze in der europäischen Industrie geht. Es hat sich damit mindestens in der Analyse die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine höhere internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zwangsläufig zu einem höheren Beschäftigungsniveau in Europa führt.

Im Blick horizontaler und sektoraler Ansatz

Der Analyse der EU-Kommission zum Stand der europäischen Industrie kann die IG Metall nur zustimmen: Klimawandel, technologische Innovationen, demografische Entwicklung, europäische Integration und Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen ziehen tief greifende Veränderungen in der europäischen Industrie nach sich. Die Herausforderungen für die europäische Industrie sind groß. Die Industriepolitik hat die Aufgabe, der europäischen Industrie zu helfen und zwar sowohl den Industriebetrieben als auch den Industriebeschäftigten, damit sie die Herausforderungen, die vor ihnen liegen, bewältigen können. Dabei sollte man – wie die EU-Kommission vorgeschlagen hat – einen horizontalen und sektoralen Ansatz wählen.

Es ist außerdem erfreulich, dass die europäische Industriepolitik viele Branchen im Organisationsbereich der IG Metall (genannt werden in dem Papier die Automobilindustrie, der Maschinenbau, der Schienenfahrzeugbau, die Sicherheitsindustrie, die Luftfahrt und maritime Industrien, die Textil-, Bekleidungs- und Lederwarenindustrie sowie energieintensive Branchen) in ihrem Strukturwandel unterstützen will.

Zentrale Mängel der Strategie unverkennbar

Daneben gibt es aber auch eine ganze Reihe von Punkten, die aus Sicht der IG Metall kritisch beurteilt werden müssen. Denn die Aneinanderreihung vieler angekündigter Maßnahmen macht noch kein industriepolitisches Gesamtkonzept aus.

Die wesentliche Kritik setzt daran an, dass ...

1. Unternehmen von Kosten entlastet werden sollen

Der Schwerpunkt der europäischen Industriepolitik liegt auf Kostenentlastungen für Unternehmen. Diese sollen von Abgaben, Bürokratiekosten, strengen Regulierungen und vom Unternehmensrecht befreit werden. Dar-



über soll das Unternehmensumfeld in Europa verbessert werden. Aber dies ist für uns noch keine ausreichende Industriepolitik, die den aktuellen Herausforderungen gerecht wird. Regulierungen sind nicht von vorneherein schädlich für Arbeitsplätze und Beschäftigte, im Gegenteil können sie auch zur positiven Entwicklung der Wirtschaft beitragen.

2. die Strategie an vielen Punkten unverbindlich bleibt

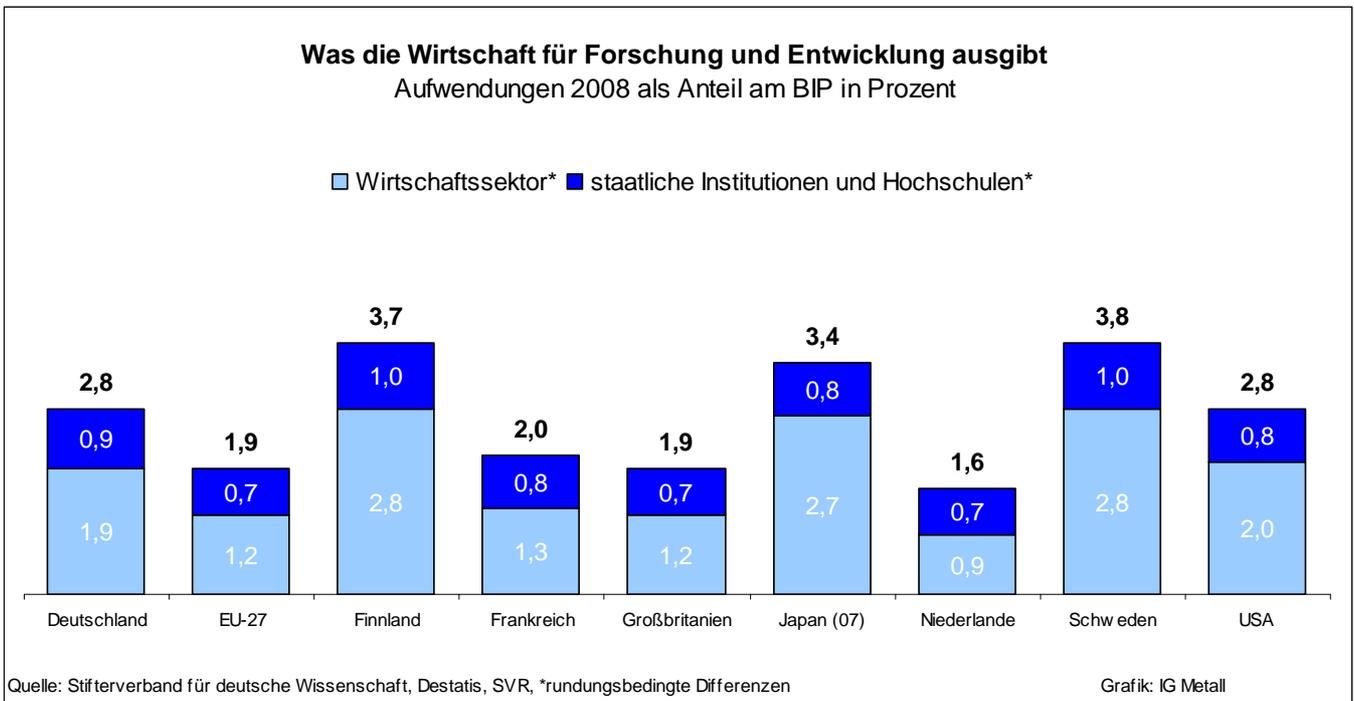
Es werden keine überzeugenden Instrumente genannt, mit denen die Ziele der Strategie erreicht werden können. Es fehlen konkretere Zielvorgaben und Maßnahmen, die die Kernaussagen unterlegen. Vieles bleibt im vagen. Die EU-Kommission hat es sich in Bezug auf ihre Industriepolitik deshalb einfach gemacht. Sie setzt lediglich den groben Rahmen, Ausgestaltung und Instrumentenkasten überlässt sie den Mitgliedsländern. Die Mitteilung sieht auch keine Sanktionen vor, wenn die Ziele nicht erreicht werden.

deren Sektoren außerhalb des High-Tech-Bereiches letztendlich doch aus der Industriepolitik heraus.

3. Innovation auf Technik beschränkt wird

Im Endeffekt hält die EU-Kommission mit der EU-2020-Strategie an Lissabon fest. Obwohl die Lissabon-Strategie gescheitert ist. Schon vor der Wirtschaftskrise wurde das Drei-Prozent-Wachstum nicht erreicht. Damit besteht die große Gefahr, dass der Begriff der Innovation sehr eng nur auf seine technische Seite ausgelegt wird. Damit würde im Kern ein reduziertes Verständnis von Wettbewerbsfähigkeit und von Innovationsprozessen fortgeführt, die mehr Wert auf technikzentrierte und auf kapitalintensive Bereiche legen und weniger auf soziale, organisatorische und strukturelle Innovationen.

Angesichts der industriepolitischen Herausforderungen vor der die europäische Industrie im Globalisierungsprozess steht, muss



Zur Illustration ein Beispiel: In der Mitteilung steht „Alle Sektoren, ob traditioneller oder Low-Tech-Sektor, neuer oder High-Tech-Sektor, müssen ihre Innovationsleistung verbessern. Diese Fähigkeit ist durch politische Maßnahmen dort zu unterstützen, wo der Markt allein keine Ergebnisse zeitigt. Diese Maßnahmen erfolgen unter Inanspruchnahme der verfügbaren Finanzmittel.“ Vom Ansatz her ist dieser Aussage zuzustimmen, denn der industrielle Strukturwandel trifft sowohl den High-Tech als auch den Low-Tech-Bereich. Eine Industriepolitik muss also beide im Blick haben. Nur wenn sich die industriepolitischen Maßnahmen rein auf Spitzentechnologien und Leuchtturmprojekte konzentrieren (wie dies im Zusammenhang mit der Innovationsförderung in der Mitteilung angekündigt wird), fallen die an-

- die enge Verknüpfung von High-Tech- und Low-Tech-Bereichen sowie neuen und traditionellen Branchen stärker in den Blick genommen werden,
- die Technikzentrierung um soziale, organisatorische und strukturelle Innovationen erweitert werden und
- das Potenzial der Beschäftigten und Betriebsräte stärker genutzt werden.

4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Kosten und Qualifizierung reduziert werden

Arbeitskräfte werden nur in Kombination mit ihrer Qualifikation und als Kostenfaktoren wahrgenommen. In dieser Gemengelage spielen also in der europäischen Industriepolitik trotz anderslautender Zielformulierung be-

schäftigungspolitische Aspekte keine nennenswerte Rolle. Es wird lediglich an die soziale Verantwortung von Unternehmen appelliert und eine entsprechende politische Initiative im Jahr 2011 angekündigt.

Wir brauchen eine Industriepolitik, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Beschäftigten orientiert und „gute Arbeit“ schafft. Für die Industriepolitik heißt das, dass ein Unternehmen nur dann staatliche Hilfen erhalten darf, wenn es zumindest

- auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet,
- Einkommen zahlt, die Existenz sichernd sind,
- den Tarifvertrag einhält,
- Dauerarbeitsplätze sichert und
- Auszubildende übernimmt.

5. keine ausreichende Antwort für den europäischen Produktionsstandort gegeben wird

Der sektorspezifische Ansatz betont vor allem die Bedeutung von Forschung und Entwicklung beziehungsweise die Anwendung der neuen Produkte und Techniken. Beispielsweise werden über die im April 2010 angekündigte Strategie für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge weitere Finanzmittel für Infrastrukturprojekte in Aussicht gestellt. Die Antwort, wo das Elektroauto gebaut werden soll, bleibt uns die Mitteilung schuldig. Die europäische Industriepolitik weist hier erhebliche Mängel auf. Für einen Industriestandort Europa reicht es aber nicht aus, nur zu forschen, in Europa muss auch in Zukunft produziert werden.

6. trotz Ankündigung der branchenbezogene Ansatz fehlt

Im Analyseteil kündigt die EU-Kommission für jeden Wirtschaftszweig maßgeschneiderte Konzepte an. Leider wird dieser Punkt im Maßnahmenteil nicht mehr weiter ausgeführt. Es bleibt demnach offen, ob es der Kommission mit den sektorspezifischen Konzepten wirklich Ernst ist. Für welche Sektoren und mit wem sollen diese erarbeitet werden?

7. Finanzrahmen völlig ausgeklammert bleibt

Die Europäische Industriepolitik steht und fällt mit dem Finanzrahmen. Der europäischen Industriepolitik selbst wird kein Geld zur Verfügung gestellt. Sie stützt sich auf bestehende Fonds. Die finanzielle Umsetzung obliegt dem Forschungsrahmenprogramm, den Europäischen Strukturfonds und dem Kohäsionsfond. Die derzeitigen Programme laufen 2012 aus. Da der europäische Haushalt für den Zeitraum von 2013-2020 derzeit verhandelt wird, ist es heute mehr als fraglich, ob die ehrgeizigen Maßnahmen überhaupt finanziert werden können. Insbesondere dann, wenn der europäische Haushalt angesichts der um sich greifenden Haushaltskonsolidierungen in den Mitgliedsländern nicht wachsen wird. Nach der Mitteilung soll außerdem der

Europäische Sozialfonds gestärkt werden. Wie das gelingen soll, erklärt uns die Mitteilung aber nicht.

8. Gewerkschaften und Betriebsräte nicht vor kommen

Der zentrale Kritikpunkt an dem Papier ist allerdings, dass Beschäftigte und Gewerkschaften als Akteure der Industriepolitik eher am Rande vorkommen. Damit wird ein wichtiges Potenzial nicht wahrgenommen. Unsere Kompetenzen spielen damit bei der Erneuerung der europäischen Industrie keine Rolle.

Zwei Ausnahmen nennt das Papier:

1. Sozialpartner werden im Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik erwähnt, ihre Rolle wird aber der Leitinitiative „Eine Agenda für neue Qualifikationen und Arbeitsplätze“ überlassen.
2. Für den Umgang mit betrieblicher Restrukturierung sind nach Ansicht der EU-Kommission die Unternehmen und die Sozialpartner verantwortlich. Die Kommission will 2011 den europäischen Rahmen für Restrukturierung mit den europäischen Sozialpartnern diskutieren.

Wenn sich die angekündigte Stärkung des Sozialen Dialoges auf europäischer Ebene in Zukunft lediglich auf diese beiden Punkte beschränkt, reicht uns das nicht aus, um den industriellen Strukturwandel mit zu gestalten.

Eine wichtige Lehre aus der Krise lautet, dass die deutsche Volkswirtschaft sich auf einen sozialpartnerschaftlichen Konsens stützen konnte. Im Zusammenspiel von Gewerkschaft, Wirtschaft und Politik wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass die deutsche Industrie die Durststrecke durchhielt. Im Klartext heißt das, dass konkrete Schritte für eine Demokratisierung der Wirtschaft auch auf europäischer Ebene formuliert werden müssen. Dazu gehört in Europa auch ein tatsächlicher Dialog mit den Gewerkschaften, der diesen Namen verdient. Die jüngsten Veränderungen der EBR-Richtlinie sind dabei allenfalls ein Zwischenschritt, um die Mitbestimmung und die Arbeitnehmerrechte in Europa zu stärken.

9. eine echte Erfolgskontrolle fehlt

Die EU-Kommission will den Erfolg ihrer Industriepolitik nach messbaren Kriterien bewerten. Sie schlägt dafür verschiedene Indikatoren vor. Sicherlich ist für den Erfolg einer zielgerichteten Industriepolitik, die Entwicklung klarer und nachvollziehbarer Indikatoren wichtig, damit der Erfolg gesichert und überwacht werden kann. Gerade an dem Punkt „Erfolgskontrolle“ lässt sich u.M.n. die Unverbindlichkeit der Europäischen Industriepolitik ablesen. Es bleibt nämlich unklar, wer und auf welcher volkswirtschaftlichen Ebene der Erfolg gemessen werden soll. Die Hauptfrage, die dabei unbeantwortet bleibt, ist dabei, was passiert eigentlich, wenn

diese Indikatoren verfehlt werden. Bisher bleibt dies folgenlos. Denn eine Verletzung dieser Ziele zieht keine Sanktionen nach sich.

Ein kurzes Fazit

Die EU-Mitteilung zur Industriepolitik weist erhebliche Mängel auf. Insgesamt wird die „neue“ Industriepolitik dadurch nicht deutlich. Es ist eher zu befürchten, dass die Europäische Industriepolitik unter der EU-2020-Strategie den Leitgedanken der Lissabon-Strategie konsequent fortführt. Über die Förderung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit soll die europäische Industrie gestärkt und als Nebenprodukt kann auch noch industrielle Beschäftigung gesichert beziehungsweise geschaffen werden – muss aber nicht. Insgesamt fehlen den industriepolitischen Vorstellungen wirksame Instrumente. Offen bleibt, wie die anvisierten Ziele erreicht werden. Denn die EU-Kommission überlässt diese entweder den Mitgliedsländern oder anderen Politikfeldern. Das reicht bei weitem nicht aus.

Wenn überhaupt, dann gibt es nur vage Andeutungen eines Kurswechsels. Wettbewerbsfähigkeit schafft alleine noch kein Wachstum, auch der makroökonomi-

sche Rahmen muss stimmen und für die entsprechenden Nachfragestrukturen sorgen.

Unsere Schlussfolgerung

Die EU-Kommission muss an vielen Stellen nachbessern, damit aus der industriepolitischen Mitteilung ein Gesamtkonzept zur Europäischen Industriepolitik werden kann.

Lesetipps zum Thema

Europa 2020-Strategie. Kein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik“, in: Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 4/ 15.Juli 2010

Mitteilung der Europäischen Kommission, „Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung. Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“, KOM (2010)614

Mitteilung der Europäischen Kommission, „EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“, KOM (2010) 2020

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

01 / 2011

19. Januar 2011

Autorin:

Dr. Astrid Ziegler

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand

Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik

Sarah Menacher

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 2091

Fax: +49 (69) 6693 80 2091

Web: www.igmetall.de/download

Interesse an einem Abo?

Kurze Info per mail an: sarah.menacher@igmetall.de